

Für eine Zukunft der Menschenwürde und Nächstenliebe

Landtagswahlen: Ostdeutsche Diakonieverbände warnen vor Gefahren für eine sozial gerechte Gesellschaft und rufen zur Wahlbeteiligung auf

Halle/ Schwerin/ Berlin/ Radebeul, 01. September 2026. Die Diakonie zwischen Ostsee und Erzgebirge ist mit rund 132.000 Mitarbeitenden in 6.500 gemeinnützigen Einrichtungen und Diensten ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Wir tragen in den ostdeutschen Bundesländern wesentlich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bei. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der alle Menschen Zugang zu Teilhabe und einem Leben in Würde haben - als ein Garant für gelebte Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit.

Wir erfahren jeden Tag in unseren Einrichtungen und Diensten, wie soziale Hilfe unser Für- und Miteinander stärkt. Eine sozial gerechte Gesellschaft bildet das Fundament unserer Demokratie. Deshalb richten wir diesen Appell an alle Parteien in den ostdeutschen Ländern und der Bundesregierung.

Die ostdeutschen Bundesländer stehen vor besonderen Herausforderungen. Kinder, Jugendliche und ältere Menschen sind überdurchschnittlich oft von Armut bedroht. Langzeitarbeitslosigkeit bleibt ein drängendes Problem. Der demografische Wandel und insbesondere eine älter werdende Bevölkerung führen zu Engpässen in der Daseinsvorsorge. Die angespannte finanzielle Lage der ostdeutschen Bundesländer und Kommunen setzt soziale Angebote massiv unter Druck. Gerade im ländlichen Raum wird die soziale Infrastruktur stetig ausgehöhlt. Wir arbeiten täglich daran, die Folgen dieser Entwicklungen für die Menschen abzumildern.

Deshalb sehen wir die sozialpolitischen Vorhaben der Bundesregierung mit großer Sorge. Die geplanten Änderungen in der Kranken- und Pflegeversicherung bedrohen akut die ambulante Versorgung in unseren Bundesländern. Sie verteuern die Kosten für Tagespflege sowie stationäre Unterbringung und belasten Angehörige. Überproportional viele Menschen in Ostdeutschland leben von geringem Einkommen und geringen Renten. Die geplanten Reformen stellen ganze Lebensleistungen infrage.

Mit den vorgesehenen Einschnitten bei den individuellen Leistungen für Kindern, Jugendlichen sowie Menschen mit Behinderungen verlieren Familien wichtige Unterstützungsangebote und damit die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben.

Diese Entwicklungen verunsichern und belasten die Menschen. Wir brauchen eine Politik, die Chancen für alle Menschen eröffnet, Zuversicht stiftet und Zusammenhalt

stärkt. Das funktioniert nicht mit einfachen Lösungen und bedarf nachhaltiger Investitionen in den Sozialstaat.

Wir betonen: Wer bei den Schwächsten spart, gefährdet den sozialen Frieden und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in einen handlungsfähigen Staat.

Wir appellieren an alle Parteien, die auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen: Finden Sie einen gemeinsamen Weg – für eine ostdeutsche Zukunft der Menschenwürde und Nächstenliebe.

Wir rufen alle Wahlberechtigten auf: Gehen Sie zur Wahl! Nutzen Sie Ihr demokratisches Recht und stärken Sie in Ihrem Land eine sozial gerechte, vielfältige und offene Gesellschaft.

Christoph Stolte, Dr. Martina von Witten (*Diakonie Mitteldeutschland*),
Paul Philipps, Henrike Regenstein (*Diakonie Mecklenburg-Vorpommern*),
Dr. Anne-Katrin Escher-Lorenz, Dr. Ursula Schoen (*Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz*)
Dietrich Bauer, Kathleen Westphal (*Diakonie Sachsen*)
Rüdiger Schuch, *Diakonie Deutschland*

Hintergrund:

Die Diakonie handelt und unterstützt die Menschen in Ostdeutschland aufgrund des christlichen Gebots der Nächstenliebe, das den Blick auf den Menschen richtet, die Unterstützung und Solidarität benötigen. Die Diakonie ist dem christlichen Bekenntnis zur Würde eines jeden Menschen unbedingt verpflichtet. Sie steht für eine vielfältige, offene und tolerante Gesellschaft, in der niemand auf Grund seiner Herkunft, seines Geschlechts, seiner sexuellen Orientierung, seines Alters, einer Behinderung, einer psychischen Erkrankung, seiner Religion oder seiner kulturellen Prägung ausgegrenzt wird.